

Bundesverfassungsgesetz vom 29. November 1988 über den Schutz der persönlichen Freiheit

StF: BGBl.Nr. 684/1988

Änderung:

BGBl. I Nr. 2/2008 (1. BVRBG) (NR: GP XXIII RV 314 AB 370 S. 41. BR: 7799 AB 7830 S. 751.)

Artikel 1

(1) Jedermann hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit (persönliche Freiheit).

(2) Niemand darf aus anderen als den in diesem Bundesverfassungsgesetz genannten Gründen oder auf eine andere als die gesetzlich vorgeschriebene Weise festgenommen oder angehalten werden.

(3) Der Entzug der persönlichen Freiheit darf nur gesetzlich vorgesehen werden, wenn dies nach dem Zweck der Maßnahme notwendig ist; die persönliche Freiheit darf jeweils nur entzogen werden, wenn und soweit dies nicht zum Zweck der Maßnahme außer Verhältnis steht.

(4) Wer festgenommen oder angehalten wird, ist unter Achtung der Menschenwürde und mit möglicher Schonung der Person zu behandeln und darf nur solchen Beschränkungen unterworfen werden, die dem Zweck der Anhaltung angemessen oder zur Wahrung von Sicherheit und Ordnung am Ort seiner Anhaltung notwendig sind.

Artikel 2

(1) Die persönliche Freiheit darf einem Menschen in folgenden Fällen auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise entzogen werden:

1. wenn auf Grund einer mit Strafe bedrohten Handlung auf Freiheitsentzug erkannt worden ist;
2. wenn er einer bestimmten, mit gerichtlicher oder finanzbehördlicher Strafe bedrohten Handlung verdächtig ist,
 - a) zum Zwecke der Beendigung des Angriffes oder zur sofortigen Feststellung des Sachverhalts, sofern der Verdacht im engen zeitlichen Zusammenhang mit der Tat oder dadurch entsteht, dass er einen bestimmten Gegenstand innehat,
 - b) um ihn daran zu hindern, sich dem Verfahren zu entziehen oder Beweismittel zu beeinträchtigen, oder
 - c) um ihn bei einer mit beträchtlicher Strafe bedrohten Handlung an der Begehung einer gleichartigen Handlung oder an der Ausführung zu hindern;

Federal Constitutional Law of 29 November 1988 on the Protection of Personal Liberty

← Original Version

as amended by:

(List of amendments published in the Federal Law Gazette (F. L. G. = BGBl.)

← amendment entailing the latest update of the present translation
(mind later changes of the German original as highlighted in the left column)

Click [here](#) for checking the up-to-date list of amendments in the Austrian Legal Information System.

Article 1

(1) Everyone has the right to liberty and security (personal liberty).

(2) No one may be arrested or detained on grounds other than those named in this Federal constitutional law or in a manner other than in accordance with the procedure prescribed by law.

(3) The deprivation of personal liberty may be legally prescribed only if this is requisite for the purpose of the measure; deprivation of personal liberty may in any instance only occur if and inasmuch as this is not disproportionate to the purpose of the measure.

(4) Whoever is arrested or detained shall be treated with respect for human dignity and with all feasible personal consideration and may be subjected only to such restrictions as are commensurate with the purpose of the detention or necessary for the maintenance of security and order in the place of his/her detention.

Article 2

(1) A person may in the following cases be deprived of his/her personal liberty in accordance with the procedure prescribed by law:

1. if judgment has been pronounced by reason of an offence to which a threat of penalty applies;
2. if he/she is suspected of a particular offence to which a threat of penalty by a legal or fiscal authority applies;
 - a) so as to end to aggression or to establish at once the actual circumstances in so far as the suspicion arises from the close link in time to the occurrence or is due to his/her possession of a specific item,
 - b) to prevent him/her from evasion of the trial or from interference with evidence, or
 - c) to impede him/her in the case of an offence to which a threat of substantial penalty applies from the commitment of a similar offence or the effectuation of such;

3. zum Zweck seiner Vorführung vor die zuständige Behörde wegen des Verdachtes einer Verwaltungsübertretung, bei der er auf frischer Tat betreten wird, sofern die Festnahme zur Sicherung der Strafverfolgung oder zur Verhinderung weiteren gleichartigen strafbaren Handelns erforderlich ist;
4. um die Befolgung einer rechtmäßigen Gerichtsentscheidung oder die Erfüllung einer durch das Gesetz vorgeschriebenen Verpflichtung zu erzwingen;
5. wenn Grund zur Annahme besteht, dass er eine Gefahrenquelle für die Ausbreitung ansteckender Krankheiten sei oder wegen psychischer Erkrankung sich oder andere gefährde;
6. zum Zweck notwendiger Erziehungsmaßnahmen bei einem Minderjährigen;
7. wenn dies notwendig ist, um eine beabsichtigte Ausweisung oder Auslieferung zu sichern.

(2) Niemand darf allein deshalb festgenommen oder angehalten werden, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen.

Artikel 3

(1) Auf Grund einer mit Strafe bedrohten Handlung darf nur ein Gericht auf Freiheitsentzug erkennen.

(2) Die Verhängung einer Freiheitsstrafe und die Festsetzung von Ersatzfreiheitsstrafen durch Verwaltungsbehörden dürfen jedoch vorgesehen werden, wenn das Ausmaß des angedrohten Freiheitsentzuges je sechs Wochen, soweit die Entscheidung einer unabhängigen Behörde obliegt, je drei Monate nicht übersteigt.

(3) Wird eine Freiheitsstrafe nicht von einer unabhängigen Behörde verhängt oder eine Ersatzfreiheitsstrafe nicht von ihr festgesetzt, so muss die Anfechtung der Entscheidung bei einer solchen Behörde in vollem Umfang und mit aufschiebender Wirkung gewährleistet sein.

Artikel 4

(1) Eine Festnahme aus den Gründen des Art. 2 Abs. 1 Z 2 lit. b und c ist nur in Vollziehung eines begründeten richterlichen Befehls zulässig, der dem Betroffenen bei der Festnahme, spätestens aber innerhalb von 24 Stunden zuzustellen ist.

(2) Bei Gefahr im Verzug sowie im Fall des Art. 2 Abs. 1 Z 2 lit. a darf eine Person auch ohne richterlichen Befehl festgenommen werden. Sie ist freizulassen, sobald sich ergibt, dass kein Grund zu ihrer weiteren Anhaltung vorhanden sei, sonst ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber vor Ablauf von 48 Stunden, dem zuständigen Gericht zu übergeben.

(3) Eine dem Gericht übergebene Person ist ohne Verzug vom Richter zur Sache und zu den Voraussetzungen der Anhaltung zu vernehmen.

3. for the purpose of bringing him/her before the competent authority on suspicion of being surprised in the commitment of an offence of administrative transgression if the arrest is necessary to ensure prosecution or for the prevention of further similar offences;
4. to enforce compliance with a valid judicial ruling or the fulfilment of any obligation prescribed by law;
5. if there is reason to presume that he/she is a source of danger for the spread of infectious diseases or due to psychic disorder endangers himself/herself or others;
6. for the purpose of necessary educational measures in the case of a minor;
7. when necessary, to secure a proposed deportation or extradition.

(2) No one may be arrested or detained simply because he/she is not in a position to fulfil a contractual obligation.

Article 3

(1) Only a court may pronounce upon a deprivation of liberty for an offence to which a penalty applies.

(2) Provision may however be made for the imposition of a term of imprisonment or the establishment of alternative penalties by administrative authorities if the extent of the deprivation of liberty does not exceed six weeks or in so far as the decision rests with an independent authority three months.

(3) If a term of imprisonment is not imposed by an independent authority or an alternative penalty established by it, there must be a guarantee for comprehensive appeal with suspensive effect being able to be lodged with such an authority.

Article 4

(1) An arrest under Art. 2 para 1 subpara 2 lit. b and c above is admissible only in execution of a substantiated judicial order which must be served on the person concerned on arrest or at the latest within 24 hours thereafter.

(2) If delay entails danger as well as in the case of Art. 2 para 1 subpara 2 lit. a above, a person may be arrested also without judicial order. He/she shall be set free as soon as it is established that no reason for his/her further detention is on hand, otherwise he/she shall be brought without needless deferment, at the latest however prior to the expiration of 48 hours, before the competent court.

(3) A judge shall without delay interrogate a person brought before a court and inquire into the grounds for the detention.

(4) Eine Festnahme aus den Gründen des Art. 2 Abs. 1 Z 2 lit. b und c wegen des Verdachtes einer mit finanzbehördlicher Strafe bedrohten Handlung ist nur in Vollziehung einer begründeten Anordnung eines gesetzlich zur Ausübung richterlicher Funktionen ermächtigten Beamten zulässig. Jedoch darf bei Gefahr im Verzug sowie im Falle des Art. 2 Abs. 1 Z 2 lit. a eine Person auch ohne eine solche Anordnung festgenommen werden. Im übrigen gelten die Abs. 1 bis 3 mit der Maßgabe sinngemäß, dass der Festgenommene unverzüglich der zuständigen Finanzstrafbehörde zu übergeben ist.

(5) Ein aus dem Grund des Art. 2 Abs. 1 Z 3 Festgenommener ist, wenn der Grund für die Festnahme nicht schon vorher wegfällt, unverzüglich der zuständigen Behörde zu übergeben. Er darf keinesfalls länger als 24 Stunden angehalten werden.

(6) Jeder Festgenommene ist ehestens, womöglich bei seiner Festnahme, in einer ihm verständlichen Sprache über die Gründe seiner Festnahme und die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu unterrichten. Den sprachlichen Minderheiten bundesgesetzlich eingeräumte Rechte bleiben unberührt.

(7) Jeder Festgenommene hat das Recht, dass auf sein Verlangen ohne unnötigen Aufschub und nach seiner Wahl ein Angehöriger und ein Rechtsbeistand von der Festnahme verständigt werden.

Artikel 5

(1) Wer auf Grund des Verdachtes einer mit gerichtlicher oder finanzbehördlicher Strafe bedrohten Handlung angehalten wird, hat das Recht auf Beendigung des Verfahrens, das wegen der gegen ihn erhobenen Anschuldigung eingeleitet worden ist, innerhalb angemessener Frist oder auf Freilassung während des Verfahrens.

(2) Wenn gelindere Mittel ausreichen, ist vom Freiheitsentzug abzusehen. Wer wegen einer nicht mit schwerer Strafe bedrohten Handlung angehalten wird, um ihn daran zu hindern, sich dem Verfahren zu entziehen, ist jedenfalls freizulassen, wenn er eine vom Gericht oder von den gesetzlich zur Ausübung richterlicher Funktionen ermächtigten Beamten unter Bedachtnahme auf das Gewicht der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlung, seine persönlichen Verhältnisse und das Vermögen des die Sicherheit Leistenden festgesetzte Sicherheit beistellt; zusätzliche gelindere Mittel zur Sicherung des Verfahrens sind zulässig.

Artikel 6

(1) Jedermann, der festgenommen oder angehalten wird, hat das Recht auf ein Verfahren, in dem durch ein Gericht oder durch eine andere unabhängige Behörde über die Rechtmäßigkeit des Freiheitsentzuges entschieden und im Falle der Rechtswidrigkeit seine Freilassung angeordnet wird. Die Entscheidung hat binnen einer Woche zu ergehen, es sei denn, die Anhaltung hätte vorher geendet.

(2) Im Fall einer Anhaltung von unbestimmter Dauer ist deren Notwendigkeit in angemessenen Abständen durch ein Gericht oder durch eine andere unabhängige Behörde zu überprüfen.

(4) An arrest under Art. 2 para 1 subpara 2 lit. b and c above on suspicion of an offence to which a threat of penalty by fiscal authority applies is admissible only in execution of a substantiated order by an officer authorized by law to exercise judicial power. If however delay entails danger as well as in the case of Art. 2 para 1 subpara 2 lit. a above, a person may be arrested also without such an order. Furthermore paras. 1 to 3 above hold good analogously with the proviso that the person arrested shall be brought promptly before the competent fiscal penal authority.

(5) A person arrested under Art. 2 para 1 subpara 3 above shall, if the reason for the arrest has not already been obviated, be promptly delivered to the competent authority. He/she may on no account be detained for longer than 24 hours.

(6) Everyone arrested shall at the earliest opportunity, if possible at the time of his arrest, be informed in a language which he/she understands of the reasons for his/her arrest and of any charge against him/her. The rights accorded by constitutional law to the lingual minorities remain unaffected.

(7) Everyone arrested is entitled to have at his/her request a relative and a legal adviser of his/her own choosing notified without unnecessary delay of the arrest.

Article 5

(1) Whoever is detained on suspicion of an offence to which a threat of penalty by a legal or fiscal authority applies is entitled within a reasonable time to termination of the proceedings initiated on account of the charge against him/her or to release pending trial.

(2) If slighter means suffice, deprivation of liberty shall be waived. Whoever is detained to prevent him/her from evasion of the trial for an offence to which no severe penalty applies shall in any event be released if he/she furnishes the security established by the court or by the officer authorized by law to exercise judicial power taking into account the gravity of the penal offence with which he/she is charged, his/her personal circumstances, and the means of the person standing as security; additional slighter means to ensure the trial are admissible.

Article 6

(1) Everyone arrested or detained is entitled to take proceedings in which a court or other independent authority decides on the lawfulness of the deprivation of liberty and if the detention is not lawful orders his/her release. The decision must be issued within a week unless the detention should have already ended.

(2) In the case of detention for an indefinite period the need for such must be reviewed at appropriate intervals by a court or other independent authority.

Artikel 7

Jedermann, der rechtswidrig festgenommen oder angehalten wurde, hat Anspruch auf volle Genugtuung einschließlich des Ersatzes nicht vermögensrechtlichen Schadens.

Artikel 8

(1) (Anm.: Durch Art. 2 § 1 Abs. 2 Z 20, BGBl. I Nr. 2/2008, als nicht mehr geltend festgestellt)

(2) (Anm.: Durch Art. 2 § 1 Abs. 1 Z 14, BGBl. I Nr. 2/2008, als nicht mehr geltend festgestellt)

(3) Die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, BGBl. Nr. 210/1958, bleibt unberührt.

(4) (Anm.: Durch Art. 2 § 1 Abs. 3 Z 16, BGBl. I Nr. 2/2008, als nicht mehr geltend festgestellt)

(5) Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Article 7

Everyone unlawfully arrested or detained shall have an enforceable right to full satisfaction including compensation for injury to other than material assets.

Article 8

(1) (note: found to be ineffective by Art. 2 § 1 para 3 subpara 20, F. L. G. I Nr. 2/2008)

(2) (note: found to be ineffective by Art. 2 § 1 para 3 subpara 14, F. L. G. I Nr. 2/2008)

(3) The Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, BGBl. No. 210/1958, remains unaffected.

(4) (note: found to be ineffective by Art. 2 § 1 para 3 subpara 16, F. L. G. I Nr. 2/2008)

(5) The Federal Government is entrusted with the execution of this Federal constitutional law.